Möglich ist, daß der Parteichef außer einem Strafmandat in Höhe von 60 Franc wegen zu schnellen Fahrens „in keinen einzigen Skandal verwickelt ist" (Marchais).

Nur, so fragen die Franzosen, warum schweigt er dann? Sein Parteiblatt „l'Humanité" hat zwar von „Tausenden von Sympathieerklärungen" für den bedrängten Chef berichtet und auch in einer Schlagzeile „eine neue Zeugen-Aussage" melden können. Doch die besagte lediglich: „Georges Marchais war 1943 in Paris."

Und als gäbe es der Ungereimtheiten noch nicht genug, druckte „Paris-Match" am letzten Donnerstag die Aussage eines Marchais-Bekannten, der ihn im Mai 1945 am Bahnhof von Fresné-la-Mère (Normandie) mit zwei Koffern gesehen haben will. Frage: „Was machst du denn hier?" Angebliche Antwort: „Ich schlage mich so durch, ich mache Schwarzmarkt-Geschäfte."

Als könne er so alle neuen, durch das Augsburger Papier aufgekommenen Zweifel ausräumen, polemisiert Marchais: „Alle Welt weiß doch, daß die Verwaltung in der Bundesrepublik mit ehemaligen Nazis durchsetzt ist."

Wahr ist: Ein Pädagoge einer schwäbischen Kreisstadt suchte 1970 im Einwohnermeldeamt nach Dokumenten über den 1941 in der Augsburger Strafanstalt an der Karmelitergasse umgekommenen Domprediger Adam Birner. Der Rechercheur konnte mehrere hundert Karteikarten sichern. Er übergab sie dem Stadtarchiv.

Eine der Karten war die des „Hilfsarbeiters Marchais, Georges, katholisch. Staatsangehörigkeit: Frankreich".

Der KP-Chef vergangene Woche: „Eine grobe Fälschung." Doch Stadtarchivar Wolfram Baer bleibt fest: „Die Meldekarte ist echt, darüber gibt es keinen Zweifel."

ÖSTERREICH

Nimm dich in acht

Lange hat sich die Regierung Kreisky geweigert, jetzt kauft sie neue Abfangjäger und diskutiert sogar die Anschaffung von Panzerabwehr-Raketen. Die Russen haben schon protestiert.

Die Armee hat das Recht und die Pflicht", so der österreichische Armeekommandant General Emil Spannocchi Anfang vergangener Woche vor dem liberalen Club in Wien, „von der politischen Führung ein Optimum an Waffen zu verlangen."

Statt die Auslassungen des Generals als politische Einmischung abzutun, gab der sozialdemokratische Verteidigungsminister Rösch kleinlaut bei: Auch seine Partei habe in Verteidigungsfragen inzwischen „umgedacht". Das Ergebnis: Die Luftwaffe der Alpenrepublik werde in Kürze mit 24 modernen Abfangjägern vom Typ „Mirage F-1" ausgerüstet — eine alte Forderung der Militärs, die noch im vergangenen Jahr von der Regierung Kreisky aus Kostengründen abgelehnt worden war.



Armee-Kommandant Spannocchi
„Unsere Grenzen ...

Der plötzliche Umschwung kam nicht unerwartet: Schon seit Monaten hatten hohe Militärs wie Spannocchi und der Kommandant der Landesverteidigungsakademie, General Wilhelm Kuntner, die österreichische Öffentlichkeit und die Parteien für ihre Ziele einzuspannen versucht: Aus Sorge um das international angekratzte Image des österreichischen Bundesheeres, aber auch aus Sorge, die Neutralität des Alpenlandes könne im Ernstfall nicht verteidigt werden, hatten sie eine Korrektur der Verteidigungspolitik der Regierung Kreisky verlangt — mit Erfolg.

Die sozialistische Partei, die vor zehn Jahren mit dem Wahlslogan „Sechs Monate sind genug" die Wahl gewonnen und eine Verkürzung der Wehrdienstzeit erzwungen hatte; die Regierung Kreisky, die das Bundesheer angeblich an den Rand der Funktionsunfähigkeit gebracht hatte und notwendige Rüstungsprojekte jahrelang auf die lange Bank geschoben hatte, bewilligten jetzt plötzlich über 500 Millionen Mark zum Ankauf der Mirage-Jäger — fast ein Drittel des gesamten österreichischen Verteidigungshaushaltes.

Schon von 1982 an sollen die neuen überschallschnellen Jäger einsatzbereit sein und dann die 38 veralteten Saab-105 ablösen. Das Fluggerät war die meiste Zeit sowieso nicht einsatzbereit und, wenn es flog, viel zu langsam. Die Saabs konnten kaum einer modernen Verkehrsmaschine folgen. Die Jagdflugzeuge waren dadurch nicht einmal im Frieden in der Lage, den österreichischen Luftraum zu sichern.

Beispiele dafür gab es genug: Allein während der Invasion Moskaus in der ČSSR 1968 verletzten sowjetische Flugzeuge fast hundertmal den österreichischen Luftraum — ohne auch nur ein einziges Mal von der österreichischen Luftwaffe behelligt zu werden. „Unsere Grenzen", so kritisierte schon damals Verteidigungsratsmitglied Gustav Zeillinger den ungesicherten Himmel über der Alpenrepublik, „sind offen wie Scheunentore."

Das soll jetzt anders werden, nicht nur im Luftraum. Geht es nach den Generalen, dann wird auch das Bundesheer wirksamere Waffen erhalten. Um die Kampfkraft ihrer 38 000-



... sind offen wie Scheunentore": **Soldaten im Manöver mit Panzer-Abwehrkanone**

Mann-Armee zu steigern, wollen die Militärs sogar ein politisches Tabu antasten: die Bewaffnung ihrer Streitkräfte mit Panzer- und Luftabwehrraketen.

Was militärisch durchaus Sinn macht, erscheint jedoch politisch kaum durchsetzbar: Raketen sind durch den Artikel 13 des Staatsvertrages von 1955 eindeutig untersagt. Wichtigster Signatarstaat des Vertrages ist die Sowjet-Union, und die hat bisher keinerlei Absicht erkennen lassen, die Anschaffung derartiger Raketen hinzunehmen.

Dennoch halten die Militärs diese Waffen für unverzichtbar. „Kein General", so Armeekommandant Spannocchi, „kann auf dieses Optimum der Panzerabwehr verzichten." Und sein Offizierskamerad Kuntner assistiert: Schließlich hätten auch andere Länder wie etwa Finnland und Italien trotz ähnlicher Beschränkungen derartige Waffen angeschafft.

In der Tat ist der Zeitpunkt für die Debatte um die Raketenbewaffnung des Alpenlandes günstig gewählt: Afghanistan hat die sowjetische Bedrohung für den Warschauer-Pakt-Anrainer Österreich wieder deutlicher hervortreten lassen und damit auch die Notwendigkeit, sich gegen mögliche Übergriffe besser als bisher schützen zu können.

„Wann sollte man über dieses Problem reden", so General Kuntner, „wenn nicht zu einem Zeitpunkt, da gegen blockfreie Staaten Politik in Gewalt umgesetzt wird?"

In Moskau hat der österreichische Vorstoß bereits Wirkung gezeigt. Unter der Überschrift „Nimm dich in acht, General" erhielt Kuntner eine höchst persönliche Verwarnung der Prawda. Der General zum SPIEGEL: „Ich glaube nicht, daß das Njet der ‚Prawda' das letzte Wort in dieser Debatte ist."

RUNDFUNK

Stunde der Propagandisten

Die „Stimme Amerikas" hat ein neues Zielgebiet entdeckt: die islamische Welt. Die Ätherschlacht um Persien hatte sie verloren.

Die US-Botschaft war ein Schlangennest ... die amerikanischen Geiseln halfen dem verräterischen Schah, das iranische Volk zu knechten ... der Schah muß her ... die Geiseln gehören vor Gericht ... Tod den Yankee-Spionen."

So schallt es den Persern täglich entgegen — Originalton Radio Teheran.

Doch abends um 9.30 Uhr klingt es anders: Da erzählt das Ehepaar Cooke aus Ellicott City in Maryland, wie sehr es den lieben Sohn Donald, 24, vermißt, der in der Botschaft in Teheran festgehalten wird. Da vernehmen die Iraner, daß auf einer Farm in Iowa neben den Eltern und einer Schwester ein paar Katzen auf die Geisel Katharina Koos, 41, warten. Da hören die Untertanen des Ajatollah, was der eigene Rundfunk verschweigt: Selbst moslemische Brudernationen verurteilen die Teheraner Botschaftsbesetzung.

Das Kontrastprogramm läuft auf der Kurzwelle im 25-Meter-Band. Der Sender ist die „Stimme Amerikas" — und die funkt nicht nur nach Persien: Afghanen erfahren aus Washington vom Partisanenakt gegen die russischen Besetzer. Sowjet-Bürger bekommen in ihrer eigenen Sprache die Afghanistan-Debatte der Uno präsentiert.

Denn wenn Kulturhäuser in Flammen aufgehen und Botschaften geschlossen werden, wenn Dialoge abbrechen und diplomatische Beziehungen vereisen — dann schlägt die Stunde der Funk-Propagandisten im Westen; zum Ärger der Herrschenden in den Staaten mit gleichgeschalteten Medien.

„In unser helles und sauberes Sowjethaus", beklagte sich einmal die „Prawda", „schleicht sich ein Fremder ein. Er spricht unsere Sprache und verbreitet Lügen und Verleumdungen." Jetzt wurde ZK-Sekretär Boris Ponomarjow konkreter: „Es gibt keinen Konflikt zwischen Afghanen und unseren Soldaten, wie das sogenannte ‚Stimmen' zynisch behaupten."

Die fremden Stimmen sprechen in vielen Sprachen, und sie dringen in viele Häuser — nicht nur in der Sowjet-Union. Sie können gestört werden, aber nicht gestoppt. Der neue Kalte Krieg wird auch im Äther ausgefochten. Washingtons „Voice of America" (VOA) ist eine der lautesten Stimmen. Ihr neues Hauptzielgebiet ist die islamische Welt.

Die „Stimme Amerikas" sendet:

- ▷ in Persisch, Dari und Tadschikisch nach Persien und Afghanistan. Das Programm soll von zwei auf sechs Stunden ausgedehnt werden;



Sender „Stimme Amerikas": „Wir wollen Ihnen die Wahrheit sagen"

- ▷ in Türkisch, nicht nur für mehr als 40 Millionen Türken, sondern auch für Millionen Iraner. Gegenwärtig sind es 30 Minuten, bald soll es eine Stunde lang sein;
- ▷ in Urdu und Bengali, das über 165 Millionen Menschen in Pakistan, Bangladesch und Indien sprechen. Die Sendungen sollen von einer Stunde auf anderthalb Stunden erweitert werden;
- ▷ in Usbekisch, das vor allem in asiatischen Teilen der UdSSR verstanden wird, und in Armenisch. Auch diese Funkdienste sollen ausgedehnt werden.

Für die Programmerweiterungen benötigt der Sender zu 2142 festangestellten Mitarbeitern 54 zusätzliche Kräfte. „Leute zu finden, die exotische Sprachen beherrschen und zudem auch für den Rundfunk geeignet sind, ist das große Kunststück", weiß VOA-Aufsichtsrat Hans N. Tuch.

Die erweiterten VOA-Programme sollen 1,7 Millionen Dollar kosten. Insge-